



Presseschau vom 10.07.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusnext.ru, cassad.net, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends /nachts:

Dan-news.info: Ein Brand, der nach einem Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte im Telmanowo-Bezirk der Republik entstand, hat etwa 8 Hektar Getreide vernichtet. Dies teilte heute der Leiter der Bezirksverwaltung Sergej Iwanow mit.

„Um 18:30 haben wir den Brand auf einem Weizenfeld gelöscht, der durch den Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aufgeflammt ist. Es waren etwa 8 Hektar Weizen betroffen“.

Dies ist der zweite Beschuss von Ackerland im Telmanowo-Bezirk in der letzten Woche durch die ukrainischen Streitkräfte. Am 5. Juli haben die ukrainischen Streitkräfte unter gleichartigen Umständen etwa 3 Hektar Weizen in der Nähe des Dorfes Tawritscheskoje vernichtet.

Dan-news.info: Ukrainische Waren machen nur 30 Prozent des Sortiments in den Geschäften der DVR aus, erklärte heute die Ministerin für ökonomische Entwicklung der DVR Jewgenija Samochina.

„Heute sind in den Regalen der Geschäfte 70% Waren, die in der DVR erzeugt wurden und aus anderen Ländern außer der Ukraine importiert worden sind. Nur 30% der Produkte in unseren Regalen sind in der Ukraine hergestellt worden.“

Sie erklärte, dass in den meisten Fällen die Waren aus ukrainischem Import „Reste sind, die in den Lagern waren“.

Die Einfuhr von Waren aus der Ukraine in die DVR endete im Februar im Rahmen der von Kiew eingeführten ökonomischen Blockade des Donbass. Eine vollständige Transportblockade der DVR begann am 18. Juni. An diesem Tage wurden alle Routen aus der DVR auf das von Kiew kontrollierte Territorium und umgekehrt gesperrt.

Lug-info.com: Vertreter der LVR haben eine Liste von Personen erstellt, die von der ukrainischen Seite entführt wurden und festgehalten werden und deren Aufenthaltsordnung und Schicksal unbekannt sind.

Die Liste der Vermissten oder von ukrainischen bewaffneten Gruppierungen als Geisel genommenen Personen umfasst 943 Menschen, die meisten davon Zivilisten.

Die Abgeordnete des Volkssowjets Olga Kobzewa, Bevollmächtigte der Republik zu Fragen des Gefangenen austauschs, sagte, dass „es im Moment recht wenig Informationen über die verschollenen Menschen gibt, aber es ist bekannt, dass sie alle entweder auf ukrainischem Territorium verschwanden oder von der ukrainischen Seite festgenommen wurden“.

„Die ukrainische Seite erklärte, dass sie keinerlei Informationen über diese Menschen hat. Aber wir haben uns mit Verwandten in Verbindung gesetzt und es ist uns schon gelungen den Aufenthaltsort vieler Menschen aufzuklären“, sagte sie.

„Danach haben wir die Liste der ukrainischen Seite übergeben und sie hat schon den Aufenthaltsort von 30 Menschen bestätigt“, fügte Kobzewa hinzu.

Vormittags:

Dan-news.info: Ein Haus in der Siedlung Jasnoje, einer Vorstadt von Dokutschajewsk etwa 30km südwestliche von Donezk, wurde wegen einer direkten Treffers eines Geschosses von Seiten der ukrainischen Truppen zerstört, teilte der Leiter der Verwaltung von Dokutschajewsk Jewgenij Bunjo mit.

„In der Siedlung Jasnoje wurde ein Haus zerstört, ein direkter Treffer. Im Moment ist dort eine Kommission hingefahren“, sagte das Oberhaupt der Stadt.

Opfer gibt es nicht, genauere Information liegt noch nicht vor.

Dan-news.info: Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine hat in einem halben Jahr mindestens 2267 Vergehen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gegen die friedliche Bevölkerung im okkupierten Mariupol gezählt, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Dank Quellen in der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine hat die Aufklärung der DVR statistische Daten über den Stand von Rechtsverletzungen und Ermittlungsarbeiten für 6 Monate des Jahres 2015 erhalten“, teilte das Ministerium mit.

Nach Information des Verteidigungsministeriums zeugen die statistischen Daten der ukrainischen Staatsanwaltschaft von 1048 nicht aufgedeckten schweren und sehr schweren Vergehen gegen Leben und Gesundheit, 48 Raubüberfällen, 122 Plünderungen, 729 Fälle von ungesetzliche Aneignung von Transportmitteln, 320 Vergehen, die mit dem ungesetzlichen Vertrieb von Betäubungsmitteln verbunden sind. Außerdem sind 72 Todesfälle und von Verschwinden von Bürgern nicht aufgedeckt.

Das Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass in der genannten Periode der Prozentsatz der nicht aufgedeckten Vergehen auf dem Territorium von Mariupol 75,3% beträgt.

Wie Vertreter des Verteidigungsministeriums sagten, werden die Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte gegen die friedliche Bevölkerung oft im Zustand der Trunkenheit unter Anwendung von Waffen begangen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt, teilte die Volksmiliz der LVR mit.

Um 20:35 wurde der Bereich von Donezkij mit Granatwerfern des Kalibers 82mm beschossen.

Um 22:33 wurde ein Gebiet in der Nähe von Slawjanoserbsk mit Granatwerfern des Kalibers 82mm beschossen.

Opfer wurden weder unter der Zivilbevölkerung noch unter den Soldaten der Volksmiliz festgestellt.

De.sputniknews.com: Die Regierung in Kiew hat Moskau ein neues Schema für die Hilfslieferungen in das Donezbecken vorgeschlagen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Freitag.

Kiew will die Hilfsgüter künftig per Eisenbahn in die Donbass-Region schicken. Der Zug soll die ukrainische Grenze nahe der Ortschaft Topoli im Gebiet Charkow passieren. Nach einer Inspektion der aus Russland kommenden Fracht in Kupjansk sollen die Waggons mit ukrainischen Hilfsgütern angeschlossen werden. Zudem soll Moskau eine Woche vor der Lieferung dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, dem UN-Flüchtlingskommissar bzw. anderen internationalen Organisationen sowie dem ukrainischen Sozialministerium Auskunft über den Inhalt der Fracht geben.

Das Dokument wurde der russischen Seite in einer Sitzung der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation in der Ostukraine übergeben. Die russischen Behörden haben bislang keine Stellung zu dem Dokument genommen, da es noch nicht erörtert wurde.

Moskau hält es für zweckmäßig, die Modalitäten für die Hilfslieferungen in der Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen zu besprechen.

Der Vertreter der Volksrepublik Lugansk in der Kontaktgruppe, Wladislaw Dejnogo, versteht nicht, weshalb das Ganze notwendig ist. „Die ukrainischen Zollbeamten haben derzeit alle Möglichkeiten zur Inspektion der Kolonnen. Falls sie ihren Zollbeamten an den Autobahnen nicht vertrauen und stattdessen den Bahnzollbeamten vertrauen, dann sollten sie diese Frage mit den eigenen Zollbeamten klären“, so Dejnogo. Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk würden jeden vernünftigen Vorschlag unterstützen.

Seit August vergangenen Jahres hat das russische Zivilschutzministerium insgesamt 31 Hilfskonvois ins Donezbecken geschickt, die mehr als 39.000 Tonnen Güter in die notleidenden Gebiete brachten.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30318/99/303189963.jpg>

Dan-news.info: Die ukrainischen Streitkräfte haben heute den Kiewskij-Bezirk von Donezk und das benachbarte Dorf Spartak im Jasinowataja-Bezirk beschossen, in der Folge wurden zwei Wohnhäuser zerstört, teilte die Bezirksverwaltung des Jasinowataja-Bezirks mit.

„Vor 15 Minuten wurden Spartak und der Kiewskij-Bezirk von Donezk beschossen. Geschossen trafen zwei Wohnhäuser im Kiewskij-Bezirk, die Häuser sind völlig zerstört. Wahrscheinlich gibt es weitere Zerstörungen, aber sie können jetzt nicht alle festgestellt werden.“

Eine Einwohnerin, die sich in unmittelbarer Nähe befand, wurde verletzt, wollte aber nicht ins Krankenhaus gebracht werden.

In der Bezirksverwaltung wurde unterstrichen, dass zur Zeit Geräusche von explodierenden Geschossen aus Richtung des Putilowskij-Busbahnhofs zu hören sind.

„Es wurde mit Granatwerfern und Artillerie aus Richtung Opytnoje, Tonenkij geschossen.“ Eine Vertreterin der Behörden unterstrich, dass die Ortschaft Spartak die ganze Nacht vom 9. auf den 10. Juli von den ukrainischen Streitkräften beschossen wurde. „Sie sitzen alle in den Kellern, es gibt keine Verbindung, wir konnten sie nicht erreichen“, sagte sie.

Dnr-online.ru: Wie der Pressedienst des Außenministeriums der DVR mitteilte, haben im Juni 2015 das Außenministerium der DVR und die australische Botschaftsabteilung der transbaikalischen Kosakengesellschaft ein Abkommen über internationale Zusammenarbeit geschlossen.

Im Rahmen des genannten Abkommen werden das Außenministerium der DVR und die australischen Kosaken:

- im kulturellen, wissenschaftlichen, humanitären und sozialen Bereich zusammenarbeiten;
- Verbindungen zu Landsleuten, die im Ausland leben, organisieren und entwickeln;
- gemeinsam Maßnahmen zur Festigung des Friedens, der Freundschaft und des Verständnisses zwischen den Völkern organisieren;
- günstige Bedingungen für eine effektive militärisch-patriotische Erziehung der Jugend schaffen.

Die Unterzeichnung der genannten Vereinbarung kann mit Recht ein historisches Ereignis genannt werden. Während sie offiziell einen Status als nicht anerkannt Republik hat, organisiert die DVR weiter enge Kontakte zu ihren Landsleuten im Ausland und durchbricht die Informationsblockade. Mit jedem Tag erfahren mehr Menschen nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt die Wahrheit über das Leben der Bürger der DVR.

De.sputniknews.com: Regierungschef Arsenij Jazenjuk macht sich für eine weitere Steigerung der ukrainischen Militär- und Sicherheitsausgaben stark. Nach seinen Worten sollen die Armee und andere bewaffneten Strukturen bis Jahresende zusätzlich mindestens 5,5 Milliarden Griwna (230 Millionen Euro) bekommen – durch Kürzungen in anderen Bereichen.

Die Militär- und Sicherheitsstrukturen hätten bis Jahresende zusätzlich nach 17,5 Milliarden Griwna (730 Millionen Euro) angefragt, teilte Jazenjuk am Freitag im Innenministerium in Kiew mit. Diese Summe „haben wir vorerst nicht.“ Die Regierung könnte nur 5,5 Milliarden Griwna (knapp 230 Millionen Euro) freimachen. Dafür müssten aber andere Ausgaben gekürzt werden. „Das Geld muss an die bewaffneten Strukturen fließen.“

Trotz des drohenden Staatsbankrotts hatte die Ukraine den Militäretat für 2015 auf zwei Milliarden US-Dollar (2,7 Prozent des BIP) verdoppelt. Für Sicherheit und Verteidigung sollen insgesamt vier Milliarden Dollar ausgegeben werden.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30319/02/303190237.jpg>

Dnr-news.com: In Artjomowsk wurde das Denkmal von Artjom (Fedor Sergejew) demontiert, von dem der Name der Stadt abgeleitet ist. Das Denkmal des Revolutionärs wurde 1959 errichtet, am 09. Juli 2015 wurde es gemäß dem Gesetz über Dekommunisierung entfernt. Artjom war Gründer der Sowjetrepublik Donezk-Kriwoi Rog.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-07/1436517847_1651121.jpg

Dan-news.info: Die Donezker Filterstation hat zeitweise die Arbeit wegen Beschädigungen aufgrund eines Beschlusses ukrainischer Truppen eingestellt, teilte die Stadtverwaltung der Hauptstadt mit.

„In der Folge eines Beschlusses der ukrainischen Streitkräfte wurde die Arbeit der Donezker Filterstation eingestellt. In Zusammenhang damit werden die Wasserlieferungen in die Bezirk Kujbyschewskij, Kiewskij, Kirowskij und Petrowskij um 20% gesenkt“, erklärte das Bürgermeisteramt.

Die Bezirksverwaltung von Jasinowataja, wo die Filterstation liegt, unterstrich, dass der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte heute morgen von 6:00 bis 7:30 erfolgte. „Die Donezker Filterstation wurde wegen des Beschlusses beschädigt. Zur Zeit laufen

Reparaturarbeiten, im Laufe des Tages, unter der Voraussetzung, dass nicht geschossen wird, werden wir alles reparieren“, heißt es in der Bezirksverwaltung.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Der ukrainische Grenzschutz hat in den vergangenen sechs Monaten mehr als 25.000 Menschen die Einreise verweigert, darunter 6.000 Bürgern Russlands. „Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2015 rund 34,5 Millionen Menschen und 8,5 Millionen Fahrzeuge (ohne die ‚Gebiete der Anti-Terror-Operation‘) durch die Staatsgrenze gelassen. Im Berichtszeitraum wurde 25.000 Personen die Einreise verweigert, 6000 von ihnen sind Bürger der Russischen Föderation“, heißt es im Bericht des ukrainischen Grenzschutzes. Darüber hinaus seien wegen illegalen Grenzübertritts fast 11.000 Menschen festgenommen worden, darunter etwa 700 illegale Migranten.

Kiew hat im März ein Einreiseverbot gegen Staatsbürger Russlands mit russischen Inlandspässen und Geburtsurkunden (für Kinder bis 14 Jahre) verhängt. Damit können Bürger Russlands nur mit einem Reisepass, Diplomatenpass, Dienstpässen oder Seemannspässen in die Ukraine einreisen.

Des Weiteren kündigten die ukrainischen Behörden das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr mit der Russischen Föderation. Hierbei handelte es sich um ein erleichtertes Verfahren des Grenzübergangs für Bewohner der grenznahen Gebiete.

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„In den letzten Woche gab es bei der Lage in der LVR keine ernsthaften Veränderungen, sie bleibt angespannt. In der Woche wurden 28 Beschüsse festgestellt, davon 10 in der Nacht. Insgesamt haben in der genannten Periode die ukrainischen Truppen mehr als 300 mal die Bedingungen des Waffenstillstands verletzt und das ohne Berücksichtigung von Schüssen mit Maschinengewehren“, sagte er....

Jaschtschenko teilte mit, dass in der Folge der Beschüsse zwei Soldaten der Volksmiliz bei der Evakuierung von Zivilisten verwundet wurden, Opfer unter der Zivilbevölkerung konnten vermieden werden.

Am heftigsten beschossen wurden Perwomajsk, Weselaja Gora, Slawjanoserbsk, Shelobok, Sokolniki, Prischib und das Gebiet um das Denkmal des Fürsten Igor.

„An der gesamten Kontaktlinie schützen unserer Abteilungen die Bürger der Republik vor den ukrainischen Straftruppen. Keine einzige Ortschaft wird dem Gegner überlassen werden“, versicherte er.

„Die Abteilungen der Volksmiliz führen täglich Militärübungen durch“, fügte er hinzu. Die Aufnahme von Freiwilligen in die Reihen der Volksmiliz wird weitergeführt.

Dan-news.info: „Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite hat sich in den letzten 24 Stunden erhöht und betrug 46 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit. Dabei wurden auch Artilleriegeschütze verwendet.

Nach Angaben des Ministeriums wurden auf das Territorium DVR 9 Artilleriegeschosse, 8

Panzergranaten, 125 Granatgeschosse der Kaliber 82 und 120mm geschossen, außerdem wurden Antipanzersysteme, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. Beschossen wurden Donezk (Kiewskij-Bezirk), Gorlowka, Dokutschajewsk, Krasnyj Oktjabr, Belaja Kamenka, Staromichajlowka, Sajzewo, Jelenowka und Jasnoje.

De.sputniknews.com: Nach fast 15 Monaten ukrainischer „Anti-Terror-Operation“ im Donezbecken wächst auch in anderen ukrainischen Regionen laut Präsident Petro Poroschenko die „Terrorgefahr“.

„Die Gefahr von Diversionen und Terrorismus außerhalb der Anti-Terror-Operation hat deutlich zugenommen“, sagte der Staatschef am Freitag im Innenministerium. Als „Terroristen“ bezeichnet die jetzige ukrainische Regierung ihre Gegner in den östlichen Regionen Donezk und Lugansk, die den nationalistischen Umsturz vom Februar vergangenen Jahres in Kiew nicht anerkannt haben. Weil ihre Forderung nach mehr Selbständigkeit abgelehnt wurde, riefen diese Regionen im Frühjahr 2014 ihre Unabhängigkeit von Kiew aus. Daraufhin schickte die neue Regierung Truppen. Bei den Gefechten zwischen dem Kiew-treuen Militär und den örtlichen Bürgermilizen sind laut den jüngsten UN-Angaben mindestens 6500 Zivilisten ums Leben gekommen. Kiew nennt seinen Truppeneinsatz „Anti-Terror-Operation“.

In der vergangenen Woche stellte Poroschenko fest, dass Waffen und Munition aus den Kampfgebieten an die Kriminalität fließen würden und dass bei Kapitalverbrechen wie Terrorismus, Mord, Geiselnahme und Kidnapping ein bedeutender Zuwachs zu verzeichnen sei.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30319/31/303193187.jpg>

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die ukrainischen Streitkräfte ziehen weiterhin Militärtechnik und Personal entlang der Kontaktlinie zusammen.“

„Von uns wurden folgende Verlegungen entdeckt: nach Krasnogorowka drei SAU-Artilleriesysteme; nach Andrejewka vier Grad-Systeme und zwei SAU-Artilleriesysteme; nach Granitnoje zwei Grad-Systeme und vier SAU-Artilleriesysteme; nach Nowoselowka Wtoraja in ein Waldgebiet ein Uragan-System.“

Basurin unterstrich, dass „alle von der Aufklärung entdeckte Technik sich in der Nähe der Kontaktlinie befindet, was von dem Unwillen der Kiewer Regierung zeugt, den Konflikt auf friedlichem Weg zu lösen“.

„Der systematische Artilleriebeschuss von Ortschaften in der Nähe von Granitnoje, wo Abteilungen der 72. einzelnen mechanisierten Brigade unter Grischtschenko stationiert sind, geht weiter. Unter der Leitung dieses Strafkommandeurs werden Schläge gegen Ortschaften

mit friedlichen Einwohnern verübt. Dieses mal gerieten die Dörfer Krasnyj Oktjabr und Belaja Kamenka unter Beschuss“.

„Wie auch zuvor haben die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte durch die Minsker Vereinbarungen verbotene schwere Waffen mit einem Kaliber über 100mm verwendet.“

De.sputniknews.com: In der Ukraine wütet der Neonazismus. Dies ist eine ernsthafte Bedrohung, die gemeinsam bekämpft werden muss, wie der Menschenrechtsbeauftragte beim russischen Außenministerium, Konstantin Dolgow, erklärte.

„Wir sehen ganz deutlich, was in den vergangenen anderthalb Jahren und heute in der Ukraine geschieht — wie der Neonazismus, der radikale Nationalismus und Bandera-Ideen absolut zügellos im Land wüten“, sagte er in einem Gespräch mit Journalisten.

„Das ist eine sehr gefährliche Bedrohung. Der Neonazismus und Extremismus überschreitet schon die Staatsgrenzen. Dies ist eine große Herausforderung, die nur gemeinsam bekämpft werden kann“, betonte er.

Nach dem Kiewer Umsturz 2014, bei dem nationalistische Gruppen wie der Rechte Sektor eine große Rolle gespielt haben, verweisen russische und ausländische Politiker auf den zunehmenden Neonazismus in der Ukraine. Seit dem Umsturz kämpfen die Nationalisten auf der Seite der regulären Armee gegen die Regierungsgegner im Osten der Ukraine. Im April dieses Jahres teilte die Regierung in Kiew mit, dass die Schläger des „Rechten Sektors“ bei der ukrainischen Armee als Vertragssoldaten beschäftigt würden. Nationalistenchef Dmitri Jarosch wurde zum Berater des ukrainischen Generalstabschefs.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30319/24/303192411.jpg>

Lug-info.com: Ein Austausch von Gefangenen nach der Formel „10 gegen 10“ fand heute zwischen der LVR und der Ukraine statt.

Der Austausch findet auf der Straße, die die Hauptstadt der Republik mit der von Kiew kontrollierten Stadt Stschastje verbinden, an der Bücke auf der Seite der LVR.

Es waren Vertreter der OSZE-Mission und die die Kiewer Seite vertretende Irina Geraschtschenko anwesend.

Die LVR übergab der ukrainischen Seite 10 Gefangene, darunter waren Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, Vertreter der nationalistischen Bataillonen, darunter aus dem Bataillon „Ajdar“, sowie auch eine Frau.

Die Kiewer Truppen übergaben den Vertretern der Republik 10 Gefangene, darunter waren nicht nur Kämpfer der Volksmiliz der LVR, sondern auch Zivilisten. Darunter war auch ein Minderjähriger.

Unter den Kämpfern, die der LVR übergeben wurde, war ein Verwundeter mit einer Schiene

am Bein. Er wurde von einem Krankenwagen abgeholt.

Der jüngste der Gefangenen, die heute der LVR von der Kiewer Seite übergeben wurden, ist 16 Jahre alt, berichtete die Abgeordnete des Volkssowjets Olga Kobzewa, Bevollmächtigte der Republik für Fragen des Gefangenenaustausch und Teilnehmerin an der Untergruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen.

Sie erklärte, dass es sich um einen Schüler handelt, „ihn hat man direkt von der Schulbank in Gefangenschaft genommen und er saß zwei Monate im Untersuchungsgefängnis“.

„Er wurde vom Sicherheitsdienst der Ukraine festgenommen, der ihn des Separatismus verdächtigt hat.“

De.sputniknews.com: Der ehemalige Berater des 2014 gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitsch, Andrei Portnov, bereitet eine Anzeige gegen den ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko und den Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko wegen einer Verschwörung bei der Staatsanwaltschaft Wien vor, schreibt die österreichische Zeitung Kurier.

Der Ex-Spitzenbeamte wirft Poroschenko und Klitschko vor, sie hätten im März 2014 „ein Komplott zur illegalen Aufteilung der Macht und zur Ausschaltung des Parlaments geschmiedet“. Laut dem Politiker ist diese heimliche Vereinbarung auch komplett umgesetzt worden. Die Machthaber, die kurz danach in ihre Ämter gewählt wurden, „gingen mit unerbittlicher Härte gegen die Opposition vor und hatten auch die Gerichte ausgeschaltet“, so Portnov.

Da das Komplott in Wien vereinbart worden sei, sehe Portnov sich berechtigt, sich wegen der „grundsätzlichen Zuständigkeit nach dem Tatort“ an die österreichische Justiz zu wenden. Derzeit bereite er mit Hilfe von Wiener Anwälten eine Strafanzeige vor. Und ihm werden dabei „gute Chancen“ eingeräumt, wie die Zeitung schreibt.

Im Mai hatte der ukrainische Milliardär Dmitrij Firtasch vor dem Wiener Gericht von seinen politischen Geheimvereinbarungen mit Präsident Petro Poroschenko sowie von seinem Einfluss auf den Bürgermeister Kiews Vitali Klitschko erzählt. Laut Firtasch haben die beiden Spitzenbeamten ihre Posten dank seiner Unterstützung bekommen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30319/34/303193401.jpg>

De.sputniknews.com: Der Hauptstab der estnischen Verteidigungskräfte hat am Freitag mitgeteilt, ein Flugzeug vom Typ AN-72 der russischen Luftwaffe sei am Donnerstag in den estnischen Luftraum eingedrungen.

„Eine russische Militärmaschine vom Typ Antonow An-72 hat am Donnerstag unerlaubt den estnischen Luftraum nahe der Insel Vaindloo verletzt. Das Flugzeug hielt sich dort weniger

als eine Minute auf. Sein Transponder war eingeschaltet“, heißt es in der Mitteilung. Zuvor sei ein Flugplan vorgelegt worden, wonach das Flugzeug den internationalen Luftraum nutzen sollte. Die An-72 habe in Funkverbindung mit dem estnischen Fluglotsendienst gestanden. „Das estnische Außenministerium hat bei der russischen Botschaft in Tallinn eine Protestnote eingereicht.“

Russlands Verteidigungsministerium hatte mehrmals erklärt, dass alle Flüge der russischen Luftwaffe in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Flugregeln für neutrale Gewässer und ohne Verletzung des Luftraums anderer Staaten erfolgen.

Lug-info.com: Der Gefangenenaustausch zwischen der LVR und der Ukraine wurde lange vorbereitet, weil Kiew der Erfüllung des entsprechenden Punktes des Maßnahmenkomplexes ausgewichen ist und sich einem Austausch „alle gegen alle“ verweigert hat, erklärte die Abgeordnete des Volkssowjets Olga Kobzewa, die Bevollmächtigte der Republik für Fragen von Gefangenen.

„Der Prozess des Austauschs verlief sehr schwierig und langwierig. Es gab lange keinen Austausch, weil sie den Punkt 6 des Maßnahmenkomplexes nicht erfüllt haben, nach dem Austausch „alle gegen alle“ stattfinden soll. Sie bestanden auf einem Austausch von einem Menschen gegen einen anderen“, erklärte sie...

„Wir haben nun halb so viele Gefangene wie die Ukraine, weil jeder Mensch, der irgendwie an der Durchführung des Referendums und den Geschehnissen danach beteiligt war, für sie des Terrorismus schuldig ist. Einwohner, die auf dem Territorium des Lugansker Oblast geblieben sind, das von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert wird, sind Geiseln der Situation, weil man jeden Menschen, der auf diesem Territorium lebt, nach dem Terrorisparagrafen belangen kann“, meinte sie.

De.sputniknews.com: Die ukrainischen Freiwilligeneinheiten haben ihren Abzug von dem umkämpften Dorf Schirokino in der Nähe von Mariupol im Rahmen der Demilitarisierung des Ortes selbst auf einen Befehl seitens der ukrainischen Staatsführung verweigert, heißt es im Jahresbericht der OSZE Monitoring Mission in der Ukraine.

Laut dem Dokument haben Kämpfer des Rechten Sektors in einer Pressekonferenz in Mariupol geäußert, dass sie die Demilitarisierung von Schirokino verweigern würden und ihre Einheiten das Dorf selbst dann nicht zu verlassen beabsichtigen würden, wenn ihnen ein entsprechender Befehl gegeben werde.

Das Bataillon Donbass hätte bis jetzt noch keinen Befehl zum Abzug bekommen.

Schirokino war lange Zeit einer der am stärksten umkämpften Orte im Donbass. Den OSZE-Angaben zufolge ist der größte Teil der Einwohner aus der Siedlung ausgezogen. 80 Prozent der Häuser seien zerstört. Am 1. Juli haben die Behörden der selbsterklärten Volksrepublik Donezk die einseitige Demilitarisierung des Dorfes angekündigt. Alle Donezker Einheiten wurden abgezogen.

Die Schläger des Rechten Sektors hatten bei den Krawallen auf dem Kiewer Protestplatz Maidan, die im Februar 2014 zum Sturz des Präsidenten Viktor Janukowitsch führten, eine große Rolle gespielt. Seit dem Umsturz kämpfen die Nationalisten auf der Seite der regulären Armee gegen die Regierungsgegner im Osten der Ukraine. Im April dieses Jahres teilte die Regierung in Kiew mit, dass die Schläger des Rechten Sektors bei der ukrainischen Armee als Vertragssoldaten beschäftigt würden.

Im November 2014 hatte das Oberste Gericht der Russischen Föderation die Organisation Rechter Sektor auf die Liste der extremistischen Organisationen gesetzt.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen beschießen mit schweren Waffen den Kiewskij-Bezirk von Donezk und das angrenzende Dorf Spartak im Jasinowataja-Bezirk, teilte die

Bezirksverwaltung mit.

„Sie schießen auf das Dorf und das Wohngebiet Putilowka im Kiewskij-Bezirk. Die Explosionen sind sehr stark, die Häuser beben, es wird mit schweren Waffen geschossen.“ Der Beschuss kommt von den Positionen im Gebiet des Dorfes Tonenkoje. „Die Bevölkerung ist entweder in den Kellern oder versuchen Schutzräume zu erreichen.“

Zur Zeit sind die lauten Geräusche des Explosionen der Geschosse sogar im zentralen Teil der Hauptstadt zu hören. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch eingeholt.

Zuvor hatte heute die Bezirksverwaltung von Jasinowataja mitgeteilt, dass zwei Wohnhäuser im Kiewskij-Bezirk zerstört wurden. Nach neuesten Daten sind jedoch vier Häuser zerstört.

De.sputniknews.com: Obwohl die Umsetzung der Minsker Friedensgespräche nur schleppend vorankommt, sieht Wladimir Putin gute Chancen auf eine Beilegung des seit April andauernden militärischen Konflikts zwischen Armee und Milizen in der Ost-Ukraine. Laut dem russischen Präsidenten gibt es zu der friedlichen Lösung keine Alternative.

„Die Regelung stockt, weil unsere Partner in Kiew direkte Gespräche mit dem Donbass (Donezbecken) ablehnen“, sagte Putin am Freitag in Ufa. „Aber ich denke, wir haben mehr Chancen auf einen Erfolg als auf ein Scheitern.“

„Wir alle sind einig: Das ukrainische Problem kann nur friedlich, durch eine vollständige und unbedingte Erfüllung der Minsker Abkommen gelöst werden“, betonte der russische Staatschef am Rande des Gipfels der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (Russland, China, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan, kurz SOZ) in Ufa. Es gäbe keinen anderen Weg.

Der russische Staatschef erinnerte daran, dass Kiew selber darauf bestanden habe, dass die Spitzenvertreter der nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk persönlich zu Gesprächen nach Minsk kämen und die Abkommen unterzeichneten. Nun wolle Kiew mit denen nicht reden. „Das ist zumindest sehr merkwürdig.“

De.sputniknews.com: Während in der Ukraine Zivilbevölkerung umgebracht wird, schaut der Westen „aus politischen Gründen“ weg, wie der Menschenrechtsbeauftragte beim russischen Außenministerium, Konstantin Dolgow, am Freitag in einem Gespräch mit Journalisten sagte.

„Wo ist denn die Reaktion der westlichen Länder und internationaler Organisationen auf die Verstöße gegen die Menschenrechte?“, fragte Dolgow.

„Das ist schlicht und einfach Menschenmord, das Ermorden eigener Staatsbürger durch das ukrainische Militär“, betonte er.

„Es gibt keine Reaktion, da es dafür politische Gründe gibt“, sagte er und betonte, dass es eine moralische Pflicht der internationalen Staatengemeinschaft sei, der „Straflosigkeit in der Ukraine ein Ende zu setzen“.

Dolgow erinnerte daran, dass in der Ukraine immer noch keine Ermittlungen zu den Morden an Journalisten durchgeführt worden seien.

Im April 2014 hatte die ukrainische Staatsführung eine militärische Operation gegen die Bewohner des Donezbeckens im Osten der Ukraine begonnen, die mit dem Februar-Staatsstreich nicht einverstanden waren. UN-Angaben zufolge sind im Laufe des Konflikts mehr als 6.500 Zivilisten ums Leben gekommen. Die Beilegung der Ukraine-Krise wird in verschiedenen Formaten, unter anderem bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk unter Vermittlung Russlands und der OSZE, behandelt.

2014 waren in der Krisenregion der Ukraine vier russische Journalisten ums Leben gekommen: der Fotograf Andrej Stenin, Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya; der Journalist Igor Korneljuk und sein Tontechniker Anton Woloschin vom Staatsfernsehen Rossija 24 sowie der Fernsehkameramann Anatoli Kljan. Unter den Toten ist auch der italienische Fotograf Andrea Ronchelli.

Das russische Außenministerium forderte damals von Kiew, den Tod der russischen Journalisten gründlich zu untersuchen.

Im April wurde der ukrainische kritische Journalist Oles Busina in Kiew getötet worden. Laut der Kiewer Polizei handelte es sich dabei um einen Auftragsmord.

Dnr-online.ru: Am 10. Juni fand in Donezk das erste Republikanische Forum zu Fragen von ethnokultureller Politik und Religion statt. Die Veranstaltung wurde vom Außenministerium der DVR organisiert.

„Der Donbass ist eine einmalige Region. In ihm leben mehr als 30 grundlegende Nationalitäten. Praktisch alle sind heute hier auf dem Forum vertreten. Alle haben ihre Landsleute im Ausland. Es leben gleichberechtigt Russen, Ukraine, Tataren, Juden, Polen, Tschechen und andere Nationalitäten hier, sie haben die Schrecken erlebt, die uns die so genannte neue ukrainische Macht gebracht hat. Alle wissen, warum wir unsere Unabhängigkeit aufbauen und verteidigen müssen“, sagte der Außenminister der DVR Alexandr Kofman.

Der Minister sagte auch, dass es nötig ist größtmögliche Anstrengungen in die Anerkennung der DVR durch die Weltgemeinschaft und den Kampf gegen den Faschismus in der Ukraine zu legen.

„Heute vertreten die Kulturschaffenden verschiedene Völker. Wir haben ein großes Potential unter den Vertretern der griechischen und tatarischen Diaspora und vielen anderen Nationalitäten. Es ist zu wünschen, dass in dieser schweren Zeit die Einheit und Übereinstimmung aller Völker, die auf dem Territorium der DVR vertreten sind, uns zu Sieg, zum Frieden und zum Blühen führt“, sagte der Kulturminister der DVR Alexandr Parezkij. Zum Abschluss der Arbeit des Forum verlas Alexandr Kofman ein Memorandum über die Zusammenarbeit und das Einvernehmen zwischen Außenministerium, den grundlegenden Konfessionen und nationalen Gemeinschaften der DVR, das die Ergebnisse der Veranstaltung darstellte und von den Anwesenden einstimmig verabschiedet wurde.

Abends:

De.sputniknews.com: Die Regierung in Kiew bekommt nach eigenen Angaben im großen Stil Waffen aus dem Westen. Mehr als zehn Staaten liefern Rüstungen, darunter auch tödliche an die Ukraine.

„Wir bekommen Waffen, darunter auch tödliche. Niemand kann das der souveränen Ukraine verbieten“, sagte der neue ukrainische Botschafter in den USA, Waleri Tschaly, in einem Gespräch mit der Wochenschrift ZN.ua. Die Länder, die die Waffen liefern, wolle er nicht nennen. „Es handelt sich um rund ein Dutzend Staaten allein aus Europa. Wir bauen unsere militärtechnische Zusammenarbeit mit ihnen aus.“ Die USA versorgen die ukrainische Armee mit Funk- und Infrarotgeräten aber auch mit Radaren, gepanzerten Kampffahrzeugen und Minenräumrobotern....



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30320/46/303204632.jpg>

News-front.info: Der in seiner georgischen Heimat mit Haftbefehl gesuchte und vom ukrainischen Premierminister Petro Poroschenko zum Gouverneur von Odessa ernannte frühere georgische Präsident Mikhail Saakaschwili hat im Laufe der zweiten Junihälfte eine Reise in die USA angetreten. Der Zweck der Reise bestand darin, „die Investitionsmöglichkeiten in der Region von Odessa internationalen Investoren vorzustellen“. In Georgien sind Besuche dieser Art von Saakaschwili nicht in bester Erinnerung, dienten sie in der Vergangenheit vor allem dazu, funktionsfähige Betriebe und Industrieanlagen zu Dumpingpreisen an US-Investoren zu verschleudern.

Gegen den von Januar 2004 bis November 2013 die Geschicke Georgiens lenkenden Saakaschwili wird heute in Georgien wegen Amtsmissbrauchs ermittelt. Nur einen Monat nach Ende seiner Amtszeit wurde er zunächst in die USA „evakuiert“, wo er sich an der Fletcher School of Law and Diplomacy an der Tufts University einschrieb. 2005 war er sogar von den nur bedingt als Friedensaktivisten bekannten US-Spitzenpolitikern Hillary Clinton und John McCain für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden.

Immerhin ergab sich für ihn in Anbetracht des Putsches in der Ukraine im Februar 2014 eine Anschlussverwendung und Präsident Petro Poroschenko ernannte ihn im Mai 2015 zum Gouverneur von Odessa, nachdem Saakaschwili seine georgische Staatsbürgerschaft abgelegt hatte, um eine Auslieferung in seine frühere Heimat zu vermeiden.

Interfax zufolge soll Saakaschwili die Region als Hort zahlreicher Vorteile für Investoren angepriesen haben, mit einer „gut ausgebildeten und talentierten Bevölkerung“ und einem „faszinierenden touristischen Potenzial“. Man würde den Investoren garantieren, dass sie vor Betrügnern und Erpressern geschützt werden würden, die bis vor kurzem die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt hätten, so Saakaschwili auf seiner offiziellen Facebook-Seite.

Die Bevölkerung in Odessa erlebt die Situation seit dem Maidanputsch hingegen anders. In der Region, die früher mehrheitlich für den gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitsch gestimmt hatte, existieren mittlerweile nicht wenige gleichsam rechtsfreie Räume, in denen sich marodierende Banden und Neonazis frei ausbreiten und die Bevölkerung terrorisieren können. Auch Schutzgelderpressungen gegen Unternehmen seien mittlerweile an der Tagesordnung.

Der bisherige Höhepunkt der rechtsextremen Umtriebe stellte das Massaker an 48 antifaschistischen Aktivisten am 2. Mai 2014 dar, als ein Gewerkschaftshaus, in dem diese sich verbarrikadiert hatten, in Brand gesetzt wurde und Flüchtende vor laufenden Kameras totgeschlagen oder erschossen wurden. Eine gerichtliche Aufarbeitung des Falles blieb aus.

Die politische Repression gegen Oppositionelle in Odessa geht unterdessen weiter. So wurden kürzlich mehrere oppositionelle Journalisten und Blogger aus politischen Gründen verhaftet, unter anderem die Betreiber der regierungskritischen Seite infocenter-odessa.com. Im April wurden mehrere dutzend Aktivisten unter dem Verdacht verhaftet und gefoltert, eine

„separatistische“ Bewegung nach dem Vorbild der Anhänger von Novorossija im Donbass formen zu wollen. Der für illegal erklärten „Volksrepublik Odessa“ (EPD) zufolge, die sich auf „verlässliche und glaubwürdige Quellen“ stützt, sollen vor allem Angehörige neonazistischer Freiwilligeneinheiten eingebunden worden sein, als es darum ging, Oppositionelle mit „fast mittelalterlichen“ Methoden zu foltern. Unterdessen habe ein nicht gewählter Gouverneur die Macht übernommen und baue diese auf Repression und Folter auf, während er selbst ganze Städte zu Dumpingpreisen an ausländische Käufer verscherble.

<https://youtu.be/WpuldRq6K-U>